

# informationen

## der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt

unterstützen

beraten

intervenieren

## Schwerpunkt: Neonazi-Events und Gewalt

Liebe LeserInnen,  
liebe FreundInnen,

Rechte Gewalt in Sachsen-Anhalt hat auch im vergangenen Jahr ein erschreckend hohes Niveau erreicht. Die Mobile Opferberatung hat in 2008 179 rechte Angriffe registriert; die Zahlen der Sicherheitsbehörden sind auf 122 in 2008 angestiegen (99 in 2007). Notwendig sind nun konkrete Schritte zur Unterstützung von (potenziell Betroffenen rechter und rassistischer Gewalt anstelle von Sonntags- und Schaulustreden.

Daher haben wir die Kampagne „Freie Wahl des Wohnorts: Mehr Schutz für Betroffene rassistischer Gewalt“ ins Leben gerufen. Damit fordern wir konkrete, materielle Verbesserungen für Flüchtlinge, Asylsuchende und Geduldete, die Opfer einer politisch rechts oder rassistisch motivierten Gewalttat geworden sind.

Denn immer wieder lehnen Ausländerbehörden sogenannte Umverteilungsanträge von Opfern rassistischer Gewalt ab: obwohl

die Betroffenen nachvollziehbar darlegen können, dass sie sich in den Orten, in denen sie zwangsweise leben müssen, vor weiteren Angriffen keineswegs sicher fühlen können und zudem keine adäquaten Strukturen vorhanden sind, um die psychischen Angriffsfolgen zu überwinden.

Aktuell unterstützt die Mobile Opferberatung einen Flüchtling in Burg, der im Frühjahr 2008 Opfer eines schweren rassistischen Angriffs wurde. Weil PolizistInnen die Personalien der noch vor Ort anwesenden Angreifer nicht aufnahmen, sind inzwischen neun Monate vergangen, ohne dass die Täter festgestellt werden konnten. Der Betroffene muss stattdessen in ständiger Angst leben, den Angreifern in der Kleinstadt erneut zu begegnen. Dennoch verweigern die Ausländerbehörden eine sogenannte Umverteilung.

Um dieser Willkür gegenüber Opfern rassistischer Gewalt ein Ende zu setzen, for-

dert die Mobile Opferberatung vom Magdeburger Innenministerium einen Erlass, der den Betroffenen eine freie Wahl des Wohnorts ermöglicht. Denn aus Erfahrung wissen wir, dass nur konkrete Maßnahmen durch die politisch Verantwortlichen den (potenziellen) Tätern Grenzen setzen.

Dies ist umso notwendiger, weil das wachsende Selbstbewusstsein einer modernisierten extrem rechten Bewegung mit einer zunehmenden Gewaltbereitschaft und Militanz einhergehen, wie Michael Weiss vom Antifaschistischen Pressearchiv und Bildungszentrum im Interview beschreibt. Zum anderen wäre ein derartiger Erlass ein deutliches Zeichen: Dass die Politik bereit ist, konkrete Verantwortung für die Sicherheit von besonders schutzlosen Opfern rassistischer Gewalttaten zu übernehmen. Wir hoffen, dass Sie und Ihr diese Kampagne im Sinne einer konkreten Solidarität für Betroffene rassistischer Gewalt unterstützt. ■

Mobile Beratung  
für Opfer rechter Gewalt

- Wir unterstützen Opfer nach einem rassistischen, rechtsextremen oder antisemitischen Angriff. Wir sind unabhängig und parteilich.
- Wir beraten kostenlos vor Ort und auf Wunsch anonym: Opfer rechter Gewalt und/oder FreundInnen, Angehörige und ZeugInnen.
- Wir intervenieren, wenn sich Opfer rechter Gewalt alleine gelassen fühlen.

### Halle

Platanenstr. 9; 06114 Halle  
Tel.: 0345/2 26 71 00 Mobil: 0170/2 94 84 13,  
0151/53 31 88 24 oder 0175/1 62 27 12  
opferberatung.sued@miteinander-ev.de

### Magdeburg

Erich-Weinert-Str. 30; 39104 Magdeburg  
Tel.: 0391/5 44 67 10 Mobil: 0170/2 94 83 52  
oder 0170/2 92 53 61  
opferberatung.mitte@miteinander-ev.de

### Salzwedel

Chüdenstr. 4; 29410 Salzwedel  
Tel.: 03901/30 64 31 Mobil: 0170/2 90 41 12  
oder 0175/6 63 87 10  
opferberatung.nord@miteinander-ev.de

## 2. Dezember/ Quedlinburg

Ein Richter beleidigt vier alternative Jugendliche in der Nähe des Bahnhofs als „Zecken“.

Dann verfolgen zwei andere Rechte die Jugendlichen. Einer der Betroffenen fällt und verletzt sich am Knie. Ein Anderer stürzt, nachdem ihm von hinten in die Beine getreten wurde.

## 6. Dezember/Magdeburg

Vier alternative Jugendliche werden vor dem Bahnhof aus einer größeren Gruppe von Neonazis angegriffen. Ein Betroffener wird von einem verummten Angreifer durch Schläge und Tritte im Gesicht und am Körper verletzt. Die Angreifer fahren anschließend mit der Bahn zu einem Neonazi-Aufmarsch nach Berlin.

## 6. Dezember/Magdeburg

Auf der Rückfahrt von einem Neonazi-Aufmarsch in Berlin greifen verummte Rechte in einem Zug am Magdeburger Hauptbahnhof einen Oi-Skin an. Auch dessen zu Hilfe eilender Freund wird geschlagen. Beide Betroffenen erleiden Kopfverletzungen. Polizeibeamte stellen die Personalien der Angreifer fest.

Vor Gericht:

# Gerwisch: „Das Schlimmste, was ich je erlebt habe“

**Am 18. Dezember 2008 herrschte gespannte Ruhe im Verhandlungssaal des Amtsgerichts Burg. Erwartet wurde das Urteil gegen fünf Angeklagte. Sie sollen im Oktober 2006 eine Geburtstagsparty von alternativen Jugendlichen in Gerwisch angegriffen haben. Dann entschied das Gericht unter Vorsitz von Richter Ernst: Nach über 25 Verhandlungstage wurden drei der fünf Angeklagten freigesprochen, ein 22-Jähriger verwarnt und ein 25-Jähriger zu einer Geldstrafe verurteilt.**

Der 22-jährige Gerwischer muss 120 Stunden gemeinnützige Arbeit leisten und soll sich bei einem Opfer entschuldigen. Ein 25-jähriger Neonazi aus Gerwisch erhielt wegen Körperverletzung eine Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu je zehn Euro. In beiden Fällen sah es das Jugendschöffengericht als erwiesen an, dass die Angeklagten neben weiteren unbekannt gebliebenen Personen im Bürgerhaus in Gerwisch auf Partygäste einschlugen. Das Urteil ist noch nicht rechtskräftig, die Staatsanwaltschaft ist in Berufung gegangen.

### „Das war Ausnahmezustand“

In der Nacht zum 22. Oktober 2006 hatten drei Dutzend Rechte gewaltsam eine Geburtstagsfeier im Bürgerhaus der Gemeinde Gerwisch gestürmt, Mobiliar zerschlagen und auf Partygäste geworfen. Laut Anklageschrift wurden sieben Partygäste verletzt. Am Ende der Beweisaufnahme forderte die Vertreterin der Staatsanwaltschaft am 4. Dezember 2008 vier Haftstrafen zwischen drei und zwölf Monaten zur Bewährung und eine Jugendstrafe wegen mehrfacher gefährlicher Körperverletzung und Beteiligung am Landfriedensbruch. Die Staatsanwaltschaft sah im Vorgehen der Angreifer eindeutige Anhaltspunkte für einen organisierten Angriff. Etwa 30 bis 35 Personen seien gezielt, teilweise verummmt und mit Quarzhandschuhen bewaffnet von einem rechten Treffpunkt in Grabow losgefahren. Ihre rechte Gesinnung hätten sie während des Angriffs durch Rufe wie „Zick-Zack-Zeckenpack“ und „Sieg Heil“ ausgedrückt.

„Gerwisch ist das Schlimmste, was ich je erlebt habe“, sagte einer der Betroffenen vor Gericht aus. „Das war der Ausnahmezustand“, erinnerte sich ein anderer Partygast. Während die Verteidiger der Angeklagten nach der Urteilsverkündung aufatmeten, reagierten AnwältInnen der NebenklägerInnen und VertreterInnen der Mobilien Opferberatung mit massiver Kritik. „Das Ergebnis des langen Prozesses ist total enttäuschend“, erklärte eine Vertreterin des Projekts. „Ich bin erschrocken, wie weit der Richter hinter unseren schon nicht sehr hohen Erwartungen zurückgeblieben ist.“ Zudem befürchtet ein Anwalt der Nebenklage, dass sich Rechtsextreme durch das Urteil zu weiteren Überfällen motiviert fühlen könnten.

### Gerichtliche Missachtung der Betroffenen

Aufgrund der schlechten und unprofessionellen Ermittlungsarbeit der Polizei benötigte die Staatsanwaltschaft mehrere Monate, um eine gerichtlich belastbare Anklageschrift gegen fünf am Tatort identifizierte Rechte zu erstellen. So erfolgten zahlreiche Zeugenvernehmungen erst mehrere Wochen nach dem Angriff, Lichtbilder zur Wiedererkennung von Tatverdächtigen wurden niemandem vorgelegt, auch nicht den beteiligten PolizistInnen. Statt Ermittlungen zum rechten Treffpunkt in Grabow anzustellen, interessierte sich der polizeiliche Staatsschutz für die musikalischen und politischen Aktivitäten der Opfer.

Erst Ende September 2007 ließ das Amtsgericht Burg die Anklage der Staatsanwaltschaft zu. Im November 2007 legte es den Beginn des Prozesses auf Mitte Januar 2008 fest. Mit bis zu 14 ZeugInnen pro Verhandlungstag gedachte der Vorsitzende Richter, das Verfahren wie ein Bagatelldelikt innerhalb weniger Termine beenden zu können. Die Verfahrenswirklichkeit zeigte angesichts der schwierigen Beweisaufnahme die Absurdität dieser Zeitplanung. Im März musste das Verfahren abgebrochen werden, da ein Schöffe auf unabsehbare Zeit erkrankt war. Die Be-

weisaufnahme begann daraufhin im April 2008 erneut.

Vor diesem Hintergrund wurden viele OpferzeugInnen bis zu dreimal vor Gericht geladen. Teilweise saßen sie mehrere Stunden im kargen Gerichtsflur, nur um zu erfahren, dass sie an diesem Tag nicht mehr vernommen würden. Ein Zeuge, der eine solche Terminveränderung falsch interpretierte, bekam eine Geldstrafe wegen Nichterscheinens in Höhe von 200 Euro. Freundliche Erklärungen oder gar Entschuldigungen des Gerichts gab es nicht. Die betroffenen Jugendlichen und jungen Erwachsenen wurden wie lästige Objekte der Beweisaufnahme behandelt und misstrauisch beäugt, weil sie teilweise unterschiedliche Wahrnehmungen knapp zwei Jahre nach dem belastenden Angriff erinnerten.

### **Gericht kritisiert Polizeiarbeit**

In der Urteilsbegründung kritisierte das Gericht die Polizei. Notwendige und wesentliche Untersuchungen seien nicht durchgeführt worden. Das Gericht beanstandete u.a., den ZeugInnen seien keine Lichtbilder vorgelegt und Aussagen nicht richtig dokumentiert worden. Die Zeugen hätten sich zurecht darüber beschwert.

„Warum hätten wir sie vernehmen sollen“, entgegnete ein Polizist vor Gericht auf die Frage, warum am Abend des Angriffs die alternativen Jugendlichen in der Regel nicht vernommen, sondern nach Erteilung eines vermutlich rechtswidrigen Platzverweises nach Hause geschickt wurden. Bereits kurz nach dem Angriff war die Polizei in die Kritik geraten, unter anderem weil sie die Öffentlichkeit zuerst nicht und dann falsch über die Tat und deren Hintergründe informiert hatte. Und obwohl sich das Innenministerium über die Ermittlungen informieren ließ, kamen wesentliche Sachverhalte erstmalig in der Gerichtsverhandlung zur Sprache – so etwa die gemeinsame Abfahrt der AngreiferInnen von einem rechten Treffpunkt in Grabow.

### **Rechte Hintergründe und justizielle Würdigung**

Handelte es sich um einen organisierten rechten Angriff? Die Staatsanwaltschaft bejahte diese Frage eindeutig. Nicht nur waren die AngreiferInnen von einer Party in einem rechten Szenetreff mit mehreren Autos eigens nach Gerwisch angereist, hatten dort in einiger Entfernung ihre Autos geparkt, das Bürgerhaus umstellt und den Angriff aus der Gruppe heraus abgesichert. Wie ein Zeuge aus der rechten Szene vor Gericht aussagte, waren er und andere auf der Party der Rechten in Grabow erst wenige Stunden zuvor von einem Neonazi-Aufmarsch in Berlin zurückgekommen. Zudem hatten einige AngreiferInnen Kleidung mit der Aufschrift der „Weißen Aktivisten“ getragen, im Herbst 2006 die führende Neonazi-Kameradschaft im Jerichower Land. Allerdings sei die rechte Feier „kein Parteitreffen“ gewesen, behauptete der mit einschlägigem Hooliganlogo auf dem Sweatshirt gekleidete mutmaßliche Anführer der zwischenzeitlich vom Innenministerium verbotenen „Blue White Street Elite“ im Gerichtssaal.

Gleichwohl verneinte das Gericht die Existenz eines rechten Tathintergrunds. Vielmehr sei der Angriff ein „offener, mit Gewalt ausgeprägter Konflikt zwischen zwei Gruppen gewesen,“ so das Amtsgericht. Das Vorhandensein einer rechten Tatmotivation wertete das Gericht mit einem Seitenhieb auf die NebenklägerInnen und die Medien als „von außen hinein interpretiert“.

Das Urteil ist für die Betroffenen belastend, weil die Chance vertan wurde, die Angreifer zu ermitteln und zur Rechenschaft zu ziehen. Und die pauschale Abqualifizierung ihrer Aussagen in der Urteilsbegründung durch Richter Ernst wirkte wie ein erneuter Angriff auf ihre Integrität. Insgesamt erweisen sich die Ermittlungen und das Gerichtsverfahren über zwei Jahre als Abgesang ihrer Rechte. Verantwortlich waren dabei nicht fehlende Gesetze, sondern Defizite bei polizeilichen Ermittlungen und in der Prozessführung. ■

## **6. Dezember/ Oebisfelde**

(Landkreis Börde) 25 Nazis aus Niedersachsen und den Niederlanden auf der Rückreise von einem Neonazi-Aufmarsch in Berlin attackieren drei Punks beim Umsteigen auf dem Bahnhof. Zwei der Punks werden durch Schläge mit einer Fahnenstange von einem 16-jährigen Rechten verletzt. Die Polizei nimmt den Täter vorläufig fest.

## **19. Dezember/ Oschersleben**

Ein 17-jähriger alternativer Jugendlicher wird im Stadtzentrum von zwei Rechten angepöbelt und zu Boden gestoßen. Die 22- und 23-jährigen Nazis treten auf Gesicht und Kopf des wehrlosen Betroffenen ein. Der 17-Jährige verliert das Bewusstsein und erleidet erhebliche Gesichtsverletzungen sowie ein Schädel-Hirn-Trauma. Drei PassantInnen greifen ein und alarmieren die Polizei. Wenig später nehmen Beamte die beiden Angreifer vorübergehend fest.

**20. Dezember/  
Dessau-Roßlau**

Eine Gruppe Vermummter greift gegen 17 Uhr am Wörlitzer Bahnhof alternative Jugendliche an. Die Angreifer schlagen sofort auf die Betroffenen ein und sprühen Reizgas. Mindestens vier Betroffene erleiden u.a. Augen- und Mundreizungen. Am Vortag hatte ein Richter den Alternativen mit dem Angriff für den kommenden Tag gedroht.

**25. Dezember/Burg**

Nach rassistischen Anfeindungen werden ein Migrant und sein Begleiter aus der Disco Night-Fly verwiesen und anschließend von rund 20 Personen, die ihnen folgen, außerhalb der Diskothek regelrecht gejagt. Den Betroffenen gelingt es, in das gegenüberliegende Polizeirevier zu flüchten.

**31. Dezember/  
Aschersleben**

Drei Unbekannte beleidigen, schlagen und treten kurz vor 1 Uhr nachts drei Punks. Die Angreifer stehlen die Springerstiefel eines der Betroffenen und ein Mobiltelefon. Der Staatsschutz nimmt die Ermittlungen auf.

# Zwangsläufig ein weiterer Anstieg der Gewalt

## Interview zu Veränderungen in der rechten Subkultur

**Seit fast zwanzig Jahren beobachtet Michael Weiss die extreme Rechte in Deutschland. Als Bildungsreferent des Antifaschistischen Pressearchivs und Bildungszentrums e.V. (apabiz) in Berlin konzentriert er sich vor allem auf die Bereiche des RechtsRock und der extrem rechten Lifestyles.**

**Michael, trotz des Machtkampfs in der NPD sind vor wenigen Wochen in Dresden über 7.000 Neonazis aufmarschiert. Wirkt sich die Krise der NPD überhaupt auf die extrem rechte Bewegung aus?**

Wir haben es doch in Dresden gesehen, dass die derzeitige Krise der NPD keine demobilisierende Wirkung auf die Bewegung hat. Ein Großteil der Bewegung hat sich von der NPD längst abgekoppelt. Viele Gruppen – und dazu zähle ich auch zahlreiche NPD-Ortsgruppen – denken sich: Was interessiert uns das Gezänk der Parteibonzen in der NPD-Führung, wir machen hier vor Ort unser Ding und haben damit Erfolg.

**Im Anschluss an den Aufmarsch in Dresden wurden mehrere gewalttätige Angriffe von Neonazis auf GegendemonstrantInnen bekannt. Welche Bedeutung haben Militanz und Gewalt derzeit für das Spektrum der sogenannten Autonomen Nationalisten?**

Gerade die Autonomen Nationalisten haben derzeit ein enormes Selbstbewusstsein und Gefühl von Stärke. Sie wollen es wissen: gegenüber Linken, gegenüber der Polizei, aber auch gegenüber der als zu bieder empfundenen NPD. Da diese Gruppen sowieso sehr aktionistisch und militant ausgerichtet sind, ist damit zwangsläufig ein weiterer Anstieg der Gewalt verbunden.

**Sind nicht an der Frage der Militanz die Konflikte zwischen Autonomen Nationalisten und NPD im „Superwahljahr 2009“ vorprogrammiert? Denn immerhin geht es für die NPD in Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt ja um zahlreiche Kommunal-, aber auch Landtagsmandate bzw. den (Wieder-)Einzug in zwei Landtage.**

Ja. Die NPD hat immer weniger Einfluss auf diese Gruppen. Wir erinnern uns an 2007, als die NPD die Autonomen Nationalisten für deren Ungehorsam abstrafen wollte und deren Rauswurf beschloss. Daraufhin kam so viel Widerstand aus der Bewegung, dass die NPD ihren eigenen Beschluss kleinlaut zurückziehen musste. Die Konflikte sind aber auch NPD-intern. Viele ihrer AktivistInnen sind fest in militanten Strukturen verankert.

**Traditionell haben sich in den vergangenen dreißig Jahren in Deutschland immer dann neonazistische Terrorgruppen gebildet, wenn der vermeintlich legalistische Weg der Einflussnahme durch parlamentarische Präsenz nicht mehr Erfolg versprechend war oder schien. Gibt es Anzeichen dafür, dass die Strategie unabhängig voneinander operierender Kleinstzellen im Rahmen des Konzepts des sogenannten White Aryan Resistance neu aufgelegt wird?**

Ich kann nicht beobachten, dass Terrorkonzepte wie der „White Aryan Resistance“ derzeit neue Anhänger finden. Gruppen wie die der sogenannten Autonomen Nationalisten sind einfach sehr militant und Praxisbezogen. Sie setzen sich zusammen, überlegen sich, welche Aktion gegen wen durchgeführt werden kann, sie bereiten das vor und setzen das um. Und je mehr sie an Stärke, Selbstbewusstsein und Erfahrung gewinnen, umso härter werden die Mittel.

**Haben wir es also bei den Autonomen Nationalisten mit einer neuen Form von extrem rechter Organisation zu tun?**

Nein. Die Gruppen sind meist hierarchisch und selbst wenn sie den schwarzen Block der Autonomen imitieren, muss immer einer der Blockführer sein. Die Gruppen in den verschiedenen Orten sind eigenständig, sie fragen niemanden um Erlaubnis und legen niemanden Rechenschaft ab. Auch das ist nicht neu. Neu ist lediglich, dass es den Gruppen der Autonomen Nationalisten gelingt, militante neonazistische Politik mit modernen Stilelementen zu verknüpfen.



**Stichwort: Stilelemente. Bei einer Reihe von Veranstaltungen der extremen Rechten der letzten Monate schien es, als wenn einschlägige Bekleidungsmarken wie Thor Steinar oder Consdaple nicht mehr so offensiv getragen würden. Inwieweit sind Veränderungen in diesem Bereich erkennbar?**

Einschlägige Markenklamotten spielen schon noch eine große Rolle. Aber die darüber transportierten Botschaften werden dezent, hier ein Code, da ein nordisches Flair und das alles verbunden mit Elementen von Popkultur ...

**... und wo genau lassen sich momentan die Trendsetter im Bereich des extrem rechten Lifestyle-Angebots ausmachen?**

Zum Beispiel in der Orientierung am poplinken Lifestyle bei den Autonomen Nationalisten. Ein Trend geht auch in Richtung eines ganz normalen Äußeren. Dahinter steckt mitnichten strategische Überlegung. Das sind Jugendliche oder Erwachsene, die sich als Teil der ganz normalen Mehrheitsbevölkerung verstehen, die in der Freiwilligen Feuerwehr sind, die gar keine Subkultur mehr sein wollen.

**Und wie sieht es beim RechtsRock aus? In Sachsen-Anhalt nimmt vor allem die Präsenz der rechten Musikstile des National Socialist Black Metal (NSBM) und des Hatecore weiter zu.**

Neonazistischer Black Metal und Hatecore sind längst feste Bestandteile des RechtsRock. Sie sind Teil der Bewegung und dennoch eigenen Szenen. In Thüringen zum Beispiel werden zu Hatecore-Konzerten die „alten Skins“ teilweise gar nicht mehr eingeladen. Hatecore-AnhängerInnen und Autonomen Nationalisten der neuen Generation sind bereits ausschließlich über ihre Szenen sozialisiert. Skinheads sind für sie eine fast schon fremde Welt.

**Gibt es denn einen Anstieg bei den Konzerten?**

Die Zahl der Neonazikonzerte, die wir belegen können, ist in den letzten Jahren zurückge-

gangen. Jedoch stellen wir fest, dass die Zahl kleiner Konzerte enorm ist. Da wird eine Grillhütte angemietet, ein Generator besorgt und es spielen zwei lokale Bands vor vielleicht 80 Leuten. Dazu wird nur über private Verteiler eingeladen oder über Mund-zu-Mund-Propaganda. Das können wir gar nicht alles erfassen, geschweige denn beobachten.

**Trotz aller antifaschistischer, zivilgesellschaftlicher und staatlicher Kampagnen gegen Rechtsextremismus wirkt dieses Engagement mancherorts wie ein Kampf gegen Windmühlen, der längst verloren scheint. Wo müsste gehandelt werden, um Rechtsextremismus effektiv zu begegnen?**

Es ist doch das alte Lied: Kampagnen und Widerstand setzen, wenn überhaupt, meist erst dann ein, wenn sich eine extrem rechte Gruppe festgesetzt hat und wenn nach schweren Gewalttaten die Medien anrücken. Man muss viel früher intervenieren. Ich sehe mir so manches an: Kirmesveranstaltungen, Fußballspiele oder auch die Feste der Freiwilligen Feuerwehr, da lassen sich auf den ersten Blick Cliquen erkennen, die in einer rechten Lebenswelt verhaftet sind. Damit meine ich eine Frühphase, in der das eigene Denken und Handeln noch gar nicht politisch verstanden wird, sich noch nicht politisch artikuliert. Aber niemand wird Neonazi, ohne sich vorher in einer derartigen Lebenswelt eingefunden zu haben.

Doch diese rechten Lebenswelten werden nicht als Problem wahrgenommen. Erst wenn sich die Clique oder einzelne Angehörige der Clique radikalisiert haben und wenn sich der Personenkreis strukturell und ideologisch gefestigt hat, dann entwickelt sich ein Problembewusstsein. Vorher passiert meist wenig. Oft passiert gar nichts.

**Vielen Dank für das Gespräch!** ■

## 1. Januar 2009/ Magdeburg

Morgens gegen 6 Uhr wird am Hauptbahnhof ein Antifaschist von zwei Neonazis, darunter der führende Neonaziaktivist Matthias Bady, in einer Unterführung angepöbelt und geschubst. In der Haupthalle versetzt Matthias Bady dem Betroffenen dann einen Stoß mit dem Kopf. Keiner der anwesenden Reisenden greift ein.

## 2. Januar/ Quedlinburg

Ein Jugendlicher, der einen Pullover mit einem durchgestrichenen Hakenkreuz trägt, wird aus einem Auto heraus von Rechten angepöbelt, die dann aussteigen und den 19-Jährigen zu Boden stoßen. Auch seine Begleiterin wird weggestoßen. Danach wird der junge Mann weiter bedroht und ihm mit der Faust ins Gesicht geschlagen.

## 3. Januar/Schönhausen

(Landkreis Stendal) Nachdem ein 22-jähriger Rechter gegen 21 Uhr einen 16-Jährigen ukrainischer Herkunft und seine BegleiterInnen beleidigt, verletzt er den Jugendlichen und einen 57-jährigen Mann durch Faustschläge ins Gesicht. Neben Sprüchen wie „Russenschweine“ und „Verpisst Euch aus Deutschland“ zeigt der Angreifer den sogenannten „Hitlergruß“ und ruft „Sieg Heil“.

10. Januar/  
Dessau-Roßlau

Gegen 4 Uhr nachts versucht eine etwa 20-köpfige, großteils vermummte und mit Totschlägern bewaffnete Gruppe in eine bereits geschlossene Kneipe einzudringen und greift zwei Gäste an, die das Lokal verlassen. Ein 36-Jähriger wird am Boden liegend weiter traktiert. Zuvor waren acht Neonazis des Lokals verwiesen worden. Nach Zeugenaussagen soll einer der Angreifer Kleidung mit der Aufschrift „Autonome Nationalisten“ getragen haben.

27. Februar/  
Dessau-Roßlau

Am Morgen überfallen vier Vermummte einen linken Jugendlichen auf offener Straße. Zwei Rechte schlagen auf den 17-Jährigen ein, der zu Boden geht. Bevor die Gruppe flüchtet, treten die Angreifer auf den Betroffenen ein. Offensichtlich steht der Angriff damit im Zusammenhang, dass der Jugendliche Flyer gegen einen Neonaziaufmarsch in Dessau verteilt hat. Der Staatsschutz ermittelt.

## Zug für Zug zum nächsten Angriff

**Neonazis schlagen nicht nur nachts an einsamen Orten willkürlich zu. Sie greifen auch oft tagsüber in aller Öffentlichkeit gezielt an. Schlagzeilen machten jüngst die Angriffe von organisierten Neonazis nach dem rechten Aufmarsch am 14. Februar in Dresden. Bei mindestens drei Angriffen wurden GegendemonstrantInnen von an- oder abreisenden Rechten zum Teil schwer verletzt.**

In Sachsen-Anhalt beobachtet die Mobile Opferberatung seit Jahren gewalttätige rechte Angriffe im Umfeld von Kundgebungen oder Demonstrationen der NPD/JN. Dabei greifen die Rechten nicht nur direkt aus der Demonstration oder unmittelbar nach Abschluss des Aufmarsches ihre tatsächlichen oder vermeintlichen GegnerInnen an.

Am 6. Dezember 2008 z.B. demonstrierten 600 Rechte in Berlin-Lichtenberg für ein „nationales Jugendzentrum“. Die rechten AufmarschteilnehmerInnen kamen aus mehreren Bundesländern und sogar aus den Niederlanden. In Sachsen-Anhalt wurden am Vormittag vier alternative Jugendliche auf dem Bahnhofsvorplatz in Magdeburg aus einer großen Gruppe von schwarz gekleideten und teilweise vermummten Neonazis angegriffen, die sich auf dem Weg nach Berlin befanden.

### Keine Einzelfälle

Abends attackierten zurückkehrende Rechte in der S-Bahn auf dem Magdeburger Bahnhof zwei alternative Jugendliche und verletzten sie mit Schlägen und Tritten im Gesicht. Wenig später überfiel eine Gruppe Neonazis aus Niedersachsen und den Niederlanden auf dem Umsteigebahnhof in Oebisfelde alternative Jugendliche. Zwei Jugendliche wurden durch Schläge mit einer Fahnenstange verletzt.

Auch aus Aufmärschen heraus kommt es immer wieder zu Gewalttaten von Neonazis: Ein Beispiel, das bundesweit Schlagzeilen machte, war ein Angriff auf einen PDS-Kreisabgeordneten bei einer der jährlichen

Neonaziaufmärsche im Januar 2005 in Magdeburg, für den der Neonazianwalt Jürgen Rieger mittlerweile rechtskräftig in zweiter Instanz wegen Körperverletzung verurteilt wurde. Auch die Jagd auf GegendemonstrantInnen und zivilgesellschaftliche BeobachterInnen durch militante Neonazi- und Hooliganschlägertrupps im Umfeld von Aufmärschen hat in Sachsen-Anhalt seit Jahren Hochkonjunktur – immer wieder werden dabei Menschen schwer verletzt, wie beispielsweise in Schönebeck im Februar 2006.

Immer öfter kommen die Täter aus den Reihen der Autonomen Nationalisten – z.B. bei den Angriffen am 6. Dezember 2008. Sie kopieren den Bekleidungsstil und den Habitus des linken politischen Gegners und sind deshalb nur schwer als Rechte zu identifizieren. Gerade potenziellen Opfern rechter Gewalt wird so ein Ausweichen vor den Angreifern erschwert.

### Gewalt im Wahlkampf

Auch im NPD/JN-Wahlkampf gehören Angriffe auf alle, die nicht ins rechte Weltbild passen dazu: So wurde beispielsweise am 17. April 2007 während des Kommunalwahlkampfes ein Linker vormittags auf dem Bahnhof in Halle/S. aus einer Gruppe von etwa zehn Neonazis heraus attackiert. Sie warnten ihn, sich nicht an Aktionen gegen Rechts zu beteiligen. Anschließend fuhren die Angreifer zur Betreuung eines NPD-Infostands nach Bitterfeld. Nach der Wahlkampfveranstaltung griffen Neonazis einen Döner-Imbiss an. Und am Abend des gleichen Tages wurde in Bitterfeld ein alternativer Jugendlicher Opfer eines weiteren Angriffs von vier Rechten.

Die jährliche neonazistische Aufmarschsaision wurde gerade erst eröffnet, rings um den 1. Mai ist mit einer Reihe von Neonazi-Demonstrationen u.a. in Hannover zu rechnen. Vor diesem Hintergrund sollten die Konzepte der Sicherheitsbehörden zum Schutz von potenziell Betroffenen zu den einschlägigen Anlässen den längst bekannten Konzepten der Neonazis angepasst werden. ■

# Rechte Gewalt auf hohem Niveau stabilisiert

## Mobile Opferberatung zieht Jahresbilanz 2008

**In Sachsen-Anhalt ereignet sich statistisch alle zwei Tage eine rechte oder rassistische Gewalttat. Nach Abgleich mit dem Landeskriminalamt hat die Mobile Opferberatung mittlerweile 179 politisch rechts motivierte Gewalttaten mit mindestens 252 direkt Betroffenen für das Jahr 2008 registriert. Damit hält sich die Anzahl rechter Gewalttaten in Sachsen-Anhalt auf dem hohen Niveau des Vorjahres. Es ist davon auszugehen, dass in den nächsten Monaten noch weitere Gewaltstraftaten aus 2008 bekannt werden. So liegt die Anzahl der durch das Projekt registrierten rechten Angriffe für 2007 bei mittlerweile 183.**

### Keine Verbesserungen gegenüber dem Vorjahr

Regionale Schwerpunkte rechter und rassistischer Gewalt waren wie in den Vorjahren die Städte Magdeburg mit 27, Dessau-Roßlau mit 24 sowie der Landkreis Harz mit 22 Angriffen. Auch in den Landkreisen Anhalt-Bitterfeld (17), Burgenlandkreis (12) und Börde (11) war die Anzahl rechter Gewalttaten hoch. Bei den TäterInnen handelt es sich neben polizeibekanntem Rechten aus den Kreisen der Autonomen Nationalisten und deren Umfeld auch um rassistische GelegenheitschlägerInnen.

In 2008 richteten sich mehr als die Hälfte der Angriffe gegen alternative und nicht-rechte Jugendliche und junge Erwachsene. Knapp ein Drittel der Betroffenen wurde aus rassistischen Motiven heraus angegriffen – die Gewalttaten richteten sich gleichermaßen gegen MigrantInnen, Flüchtlinge, Afrodeutsche und ausländische Studierende. In etwa 85 Prozent der dokumentierten Fälle (153) wurden die Betroffenen Opfer von Körperverletzungen. Zudem hat das Projekt gemeinsam mit der Beratungsstelle für Opfer rechter Straf- und Gewalttaten versuchte Körperverletzungen, Nötigungen und Bedrohungen (10), gravierende Fälle von Sachbeschädigungen (7), sowie Brandstiftungen (2), Raubdelikte und Landfriedensbrüche (5) in die Statistik aufgenommen.

### Tödliche Dimension rechter Gewalt

Im Jahr 2008 wurden in Sachsen-Anhalt zwei rechts motivierte Tötungsverbrechen begangen: Am 1. August 2008 wurde der 50-jährige Wohnsitzlose Hans-Joachim S. vor dem Bahnhof in Dessau ermordet, am 16. August 2008 starb der 20-jährige Rick L. in der Nähe der Großraumdiskothek „Funpark“ in Magdeburg an den Folgen schwerster Verletzungen. Vor dem Landgericht Magdeburg muss sich deshalb seit Anfang Dezember 2008 der einschlägig vorbestrafte Neonazi Bastian O. wegen Totschlags verantworten.

Während das Innenministerium Sachsen-Anhalt die Tötung von Rick L. als politisch rechts motiviert wertet, findet sich der Mord an Hans-Joachim S. nicht in der offiziellen Statistik: Dabei sprach die Staatsanwaltschaft Dessau in ihrer Anklage von einer „tiefen inneren Miss- und Verachtung“ und einem „Gefühl der Überlegenheit“ der Angeklagten gegenüber ihrem völlig wehrlosen Opfer. Auf den Mobiltelefonen der mutmaßlichen Täter hatten die Ermittler Hakenkreuze und rechte Musik gefunden. Ein Mitgefangener des 24-jährigen Angeklagten sagte im Prozess unter Eid aus, der Angeklagte habe in der Untersuchungshaft mit der Tat geprahlt und das Opfer als „asozial“ und „mensenunwürdig“ bezeichnet.

Ob auch dem Totschlag an dem 19-jährigen Marcel W. am 24. August 2008 in Bernburg, dem in der Wohnung des mutmaßlichen Täters mehrere tödliche Messerstiche versetzt wurden, eine politisch rechte Motivation zugrunde liegt, ist derzeit noch offen. Vor dem Landgericht Magdeburg muss sich hierfür seit Februar ein ebenfalls einschlägig vorbestrafter 20-jähriger rechter Gewalttäter verantworten. Eines ist jedoch in allen drei Todesfällen deutlich geworden: Die tödliche Dimension rechter Gewalt. ■

### 1. März/Halle

Nach dem er zunächst von hinten geschubst und angepöbelt wurde, wird ein alternativer Jugendlicher am späten Abend von einem Unbekannten in eine Seitenstraße gezogen und dort mit einem Tritt gegen die Beine zu Fall gebracht und am Boden liegend mehrmals in den Bauch getreten. Dem 18-Jährigen gelingt es zu fliehen. Er erstattet Anzeige.

### 7. März/Bitterfeld

Nach einem rechten Aufmarsch in Dessau-Roßlau beschimpft eine etwa sechsköpfige Gruppe augenscheinlich Rechter am Bahnhof drei Personen. Anschließend wirft einer der Rechten eine Bierflasche auf die Drei. Die Flasche verfehlt ihr Ziel. Die Polizei ermittelt wegen versuchter gefährlicher Körperverletzung.

### Auf der Website:

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de) finden sich weitere Angriffe und eine ausführliche Fassung der Chronik.

## Let's talk about: Rassismus

Mit der gleichnamigen Konferenz will die Mobile Opferberatung ein Forum schaffen, um öffentlich über Rassismus zu reden: Denn restriktive Asyl-, Sozial- und Ausländerrechtsbestimmungen beschneiden die materiellen Spielräume für Betroffene rassistischer Gewalt und Diskriminierung. Hinzu kommt ein Alltagsrassismus, der alle Lebensbereiche durchziehen kann. Eine gleichberechtigte gesellschaftliche Teilhabe von MigrantInnen und Flüchtlingen wird so erheblich erschwert. Das wollen wir ändern. Auf der Konferenz soll es um Erfahrungen mit Rassismus, aber auch Möglichkeiten der erfolgreichen Veränderungen und Interventionen gehen.

Die Konferenz wird simultan ins Englische, Französische und Deutsche übersetzt. In den Foren wird es Flüsterübersetzungen – auf Wunsch auch in weiteren Sprachen – geben. Das Konferenzprogramm mit Anmeldeformular und Anreisebeschreibung in Deutsch, Englisch und Französisch ist zu finden unter: [www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

### Konferenz **Let's talk about: Rassismus**

26. März 2009, 10.30-17:30 Uhr

Kinder- und Jugendzentrum

„HOT – Alte Bude“,

Karl-Schmidt-Str. 12/13, 39104 Magdeburg

## Neue Ratgeber in Englisch und Französisch

Aufgrund der großen Nachfrage hat die Mobile Opferberatung die Broschüre „Was tun nach einem rassistischen Angriff“ auch auf Englisch und Französisch aktualisiert und neu überarbeitet. Der Ratgeber mit dem Titel „What to do after a racist attack“ und „Que-faire en cas d'agression raciste?“ richtet sich gezielt an französisch- und englischsprachige Flüchtlinge, MigrantInnen und ausländische Studierende, die Opfer eines rassistischen Angriffs geworden sind.

Übersichtlich und anschaulich wird in dem Ratgeber erklärt, welche Rechte und Möglichkeiten bestehen, sich gegen rassistische Gewalt zu wehren, und welche Hilfen und Unterstützungsleistungen zur Verfügung stehen. Antworten gibt es u.a. auf die Frage, wie man eine Anzeige stellt, wie ein Strafverfahren abläuft oder warum es sinnvoll ist, als NebenklägerIn in einem Ermittlungs- und Strafverfahren gegen die mutmaßlichen Täter aufzutreten.

Ebenfalls behandelt werden Fragen nach gesundheitlicher Versorgung bei unterschiedlichen Aufenthaltstiteln und für Betroffene ohne gesicherten Aufenthalt. Neben einem umfangreichen Adressteil, in dem staatliche und unabhängige Stellen aufgeführt sind, an die sich Betroffene bzw. ihr Umfeld für Beratung und Unterstützung wenden können, widmet sich ein Kapitel speziell der Frage, welche möglichen aufenthaltsrechtlichen Konsequenzen eine laufendes Ermittlungsverfahren haben kann. Die Broschüren können kostenlos bestellt werden bei:

Mobile Beratung für Opfer rechter Gewalt  
c/o Miteinander e.V.

Erich-Weinert-Str. 30

39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

[opferberatung.mitte@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.mitte@miteinander-ev.de)

## Über diesen Newsletter:

Die „informationen der Mobilen Beratung für Opfer rechter Gewalt“ erscheinen fünf Mal im Jahr und werden kostenlos verschickt. Die „informationen“ können auch per E-mail bezogen werden. Wenn Ihr/Sie die „informationen“ bislang nicht direkt zugeschickt bekommen habt oder weitere Exemplare erhalten möchtet, bitte eine Rückmeldung geben an die unten genannte Adresse. Wir nehmen Euch/Sie dann in den Verteiler auf.

Mobile Opferberatung

Erich-Weinert-Str. 30

39104 Magdeburg

[opferberatung.mitte@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.mitte@miteinander-ev.de)

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

## Unbürokratische Hilfe:

Unbürokratische Hilfe für Betroffene rechter und rassistischer Gewalt stellt der Opferfonds bei Miteinander e.V. zur Verfügung. Anlässlich des rassistischen Mordes an Alberto Adriano in Dessau im Juni 2000 wurde der „Fonds für Opfer fremdenfeindlicher und rechtsextremer Gewalt“ ins Leben gerufen. Seitdem erhielten über einhundert Betroffene unterschiedliche Summen, um die materiellen und immateriellen Angriffsfolgen zu bewältigen. Damit der Opferfonds weiterhin unbürokratisch helfen kann, brauchen wir ihre Hilfe. Spenden sind steuerlich absetzbar.

Konto:

Miteinander e.V.

Stichwort: Opferfonds

Bank für Sozialwirtschaft Magdeburg

Konto-Nr.: 53 53 53, BLZ: 810 205 00

## Impressum

### Herausgeber:

Mobile Beratung für

Opfer rechter Gewalt

Erich-Weinert-Str. 30

39104 Magdeburg

Telefon: 0391/5 44 67 10

Fax: 0391/5 44 67 11

[opferberatung.mitte@miteinander-ev.de](mailto:opferberatung.mitte@miteinander-ev.de)

[www.mobile-opferberatung.de](http://www.mobile-opferberatung.de)

### Redaktion:

Heike Kleffner (V.i.S.d.P.),

Martin Beck

**Gestaltung:** [www.flmh.de](http://www.flmh.de)

getragen von:



gefördert von:



Ministerium für Gesundheit und Soziales  
des Landes Sachsen-Anhalt



im Rahmen des Bundesprogramms  
Förderung von Beratungsnetzwerken –  
Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus